

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Friedrichstraße 33.  
Spezialdruck der Redaction:  
Donnerstag 10—12 Uhr.  
Nachmittag 4—6 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

**Auflage 15.500.**  
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,  
incl. Frangirlos 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belagexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
mit Postbefreiung 45 Pf.  
Isolerat 1/2 Pf. Zeitungs 20 Pf.  
Bessere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Tabellarischer  
Satz nach höherem Satz.  
Reclamen unter dem Redactionsdruck  
die Spalte 40 Pf.  
Interate sind stets an d. Expedition  
zu zahlen. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postwechsel.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 234.

Donnerstag den 22. August 1878.

72. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die Vorschriften des Reichs-Impfgesetzes vom 8. April 1874 und nach Maßgabe der hierzu erlassenen Königlich Sächsischen Ausführungs-Berordnung vom 30. April 1875 machen wir hierdurch Folgendes bekannt:

- Die Stadt Leipzig bildet einen selbstständigen Impfbezirk, für welchen jetzt Herr Stadtamtmann Dr. med. Blass als Impfarzt, sowie die Herren Militärarzt A. D. Kraft und Dr. med. Schellenberg als Wärtinnen verpflichtet worden sind.
- Das Impflocal befindet sich in dem alten Nicolai-Schulgebäude am Nicolaitrübchen.
- Dieselbst finden die öffentlichen Impfungen von hier ausfallenden Kindern regelmäßig Mittwoch und Freitag von 3 bis 5 Uhr Nachmittags am Freitag den 23. laufenden Monats ab bis Ende September dieses Jahres unentgeltlich statt. Dieselbst sind auch die Impflinge je an darauffolgendem Samstag beziehentlich Freitag zur Revision vorzustellen.
- Im Laufe dieses Jahres sind der Impfung zu unterziehen:
  - diejenigen Kinder,
    - a. welche im Jahre 1877 geboren worden,
    - b. welche in den Jahren 1874, 1875 und 1876 geboren sind, und im Jahre 1877 der Impfpflicht nicht vollständig genügt haben (erfolgrlos geimpft oder wegen Krankheit nicht geimpft).
  - diejenigen Söhne öffentlicher Lehr-Anstalten und Privatschulen,
    - a. welche im Jahre 1866 geboren sind,
    - b. welche in den Jahren 1863, 1864 oder 1865 geboren sind, und im Jahre 1877 der Impfpflicht nicht vollständig genügt haben (erfolgrlos wiedergeimpft oder wegen Krankheit nicht wiedergeimpft).

Alle diejenigen Einwohner sind berechtigt, ihre, wie zu 4 unter I a und b bemerkt, impfpflichtigen Kinder dort unentgeltlich impfen zu lassen.

Ebenso wird unentgeltlich, hier wohnhaften Personen, deren Kinder vor dem Jahre 1874 geboren, aber noch nicht oder nicht mit Erfolg geimpft sind, die unentgeltliche Impfung dieser Kinder in den vorerwähnten Impfterminen hiermit angeboten.

Für jedes Kind, welches zur Impfung gebracht wird, ist gleichzeitig ein Zettel zu übergeben, auf welchem Name, Geburtsjahr und Geburtsort des Kindes, sowie Name, Stand und Wohnung des Vaters, Pflegewalters oder Vormundes, beziehentlich der Mutter oder Pflegemutter deutlich verzeichnet ist.

Die Eltern der im laufenden Jahre impfpflichtigen Kinder werden daher hierdurch unter ausdrücklicher Verwarnung vor den im §. 14, Abs. 2 des Impfgesetzes angedrohten Strafen aufgefordert, mit ihren Kindern in den anberaumten Impf- und Revisionsterminen beizugehen und ihrer Controle zu erscheinen oder die Befreiung von der Impfpflicht durch ärztliche Zeugnisse hier nachzuweisen. Die nur gedachten Zeugnisse sind in den Impfterminen aufzuweisen.

Wegen der Anberaumung der Impf- und Revisionstermine zur Wiederingimpfung beziehentlich Controle der oben unter 4. a und b gedachten impfpflichtigen Söhne wird an die Schulvorstände besondere Weisung ergehen.

Diejenigen Eltern, Pflegeeltern und Vormünder aber, welche ihre im Jahre 1878 impfpflichtigen Kinder nicht wieder impfpflichtigen Kinder und Pflegebefohlenen, wie ihnen freigestellt ist, durch Privatärzte der Impfung unterziehen lassen wollen, werden hierdurch aufgefordert, noch im Laufe dieses Jahres die erforderlichen Impfungen ausführen zu lassen, sowie jedenfalls längstens am 31. December 1878 die vorerwähnten Bescheinigungen darüber, daß die Impfung, beziehentlich Wiederingimpfung erfolgt oder aus einem gesetzlichen Grunde unterblieben ist, auf dem Rathhause, 2. Etage, Zimmer Nr. 16, vorzulegen, widrigenfalls sie ohne jede weitere Aufforderung Geldstrafe bis zu 50 Mark oder Haft bis zu drei Tagen zu gewärtigen haben würden.

Leipzig, den 16. August 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Kretschmer.

### Bekanntmachung.

In Folge Fortschreitens der Ueberwällungsarbeiten auf dem Markstädter Steinweg sind wir geneigt, hierdurch zu verfügen, daß bestimmte Geschirre, einschließlich der Hundeführer, sowie Reiter den Markstädter Steinweg bis auf Weiteres nur in der Richtung vom Fleischplatz aus nach der Frankfurter Straße passieren dürfen.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden.

Leipzig, am 20. August 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Bangemann.

### Bekanntmachung.

In der Hartfortstraße sollen die schmiedeisernen Geländer für die Ufermauern auf der Strecke von der Ronnenmühle bis zur verlängerten Albertstraße hergestellt und die Lieferung, Aufstellung und der Anfrich derselben an einen Unternehmer in Accord verdingungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Rathhausamte, Rathhaus II. Etage Zimmer Nr. 1, aus und können daselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Besätzliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:  
„Geländer der Ufermauern in der Hartfortstraße“  
versehen ebendieselbst, und zwar  
bis zum 27. August d. J. Nachmittags 5 Uhr  
einzurichten.  
Leipzig, am 17. August 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Bangemann.

### Bekanntmachung.

Die Wafture der in der Zeit vom 1. September 1878 bis 30. Juni 1879 für das städtische Krankenhaus zu St. Jacob hier auf dem Bayerschen und bez. Dresden Bahnhofs ankommenden Straß- und Braunkohlen soll im Wege der Submission unter Vorbehalt der Auswahl unter den Offerenten und jeder sonstigen Entscheidung verdingen werden. Offerenten wollen ihre Offerten bis 26. August c. Nachmittags 5 Uhr an die Inspection des Krankenhauses gelangen lassen, woselbst auch die Vertragsbestimmungen einzusehen sind.

Leipzig, am 13. August 1878.  
Der Rath-Deputation zum Krankenhaus zu St. Jacob.

### Bekanntmachung.

Für den Termin Michaelis d. J. sind vier Ausstattungsstipendien im Betrage von 77 A 8 S, 67 A 4 S und zweimal 40 A 47 S an die hiesige unbesoldete arme Bürgerstiftung, welche sich seit Michaelis v. J. vertheilt haben, von uns zu vergeben und sind schriftliche Gesuche darum unter Befügung der Bescheinigung über die Unbesoldetheit und Bedürftigkeit der Bewerber, sowie, was das eine, nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiedervertheilung des Stipendiums von 40 A 47 S anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 31. d. Mik. auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 16, einzurichten.

Leipzig, den 20. August 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Westerschmidt.

### Aufgaben und Ziele der national-liberalen Partei.

Am 18. August, dem Tage von Gravelotte, war Bundesdirector Rudolf v. Bennigsen in Leipsien erschienen, um einer sehr zahlreichen Versammlung von Wählern des 3. braunschweigischen Wahlkreises, in welchem er eben, wie im 19. hannoverschen Wahlkreise, gewählt war, den in München unterlegenen Herrn v. Stausenberg als Candidaten für die Nachwahl zu empfehlen, da er selbst die Wahl in seinem alten Kreise annehmen wird.

Die Rede, welche dieser hervorragende Politiker bei dieser Gelegenheit gehalten, ist in Bezug auf die Klarlegung der Aufgaben der nächsten Reichstagsession, die Zeichnung der Ziele der liberalen Partei, überhaupt der gesamten politischen Lage nach den Neuwahlen, von so bedeutendem Gehalt, daß sie als eine Programmrede der national-liberalen Partei aufgeföhrt werden muß. Der besonnene, echt staatsmännliche Ton, welcher den Vortrag belebt, nicht in wohlthunendster Weise gegen die heftigsten österreichischen Leistungen einiger Mitglieder der Linken der Partei ab; der Wunsch ist daher vollständig berechtigt, Rudolf von Bennigsen möge in Wirklichkeit die Führung der Partei für die nächste Legislatur allein in die Hand nehmen und extreme Bestrebungen in derselben durch seinen Einfluß gänzlich beseitigen. Wir können nur bedauern, daß wir den ganzen Wortlaut der Rede nicht mitzutheilen vermögen, da uns ein Stenogramm nicht zur Verfügung steht und nur auf einen knappen Bericht der „Bild. Allg. Ztg.“ angewiesen sind. Es heißt darin:

... wäre es wahr, was gesagt worden ist, daß ich und Herr v. Stausenberg Unitarier seien, d. h. nach dem deutschen Einheitsstaate streben, so hätten Sie allerdings keine Ursache, einen von uns beiden zu wählen. Sie leben unter einer wohlthunenden, gerechten Regierung, unter einer geordneten Gesetzgebung und in befriedigenden materiellen Verhältnissen, an denen eine Veränderung durch Annexion an Preußen zu wünschen Sie nicht die geringste Veranlassung haben. Ich fordere Ihnen auf, mir oder Herrn v. Stausenberg eine Neuerung nachzuweisen in der wir uns jemals für den Einheitsstaat erklärt hätten. Wir beide haben, wie wir am politischen Leben Theil nehmen, uns an das historische Bestehende angeschlossen und es für gefährlich, ja für unmöglich gehalten, ohne Rücksicht auf dieses die zukünftige Verfassung Deutschlands zu gestalten. Das ist unsere Politik seit 1848, das die Politik des deutschen Rationalvereins gewesen, dessen Präsident zu sein ich die Ehre hatte und der immer gegen den Einheitsstaat eingetreten ist. Opfer wurden freiwillig von uns Angehörten verlangt; dieselben sind ja nun

auch gebracht und damit endlich die Reichsverfassung vollendet. Wehe dem, der an dieser Zeit ohne Noth rühten wollte! Die besonnenen Politiker und besonders die national-liberale Partei halten am Bundesgebanten fest und weisen den Einheitsgedanken zurück, speciell auch Herr von Stausenberg. Und wenn mir ein gleicher Wortwitz gemacht wird, so werden Sie dem feinen Glauben schenken. Wenn der hannoversche Staat zu Grunde gegangen ist, so sind wahrlich nicht die National-liberalen daran schuld, nein, gerade die Conservativen, die jetzigen Führer der weilschen Partei. Es ist sehr bequem, die Schuld von sich ab auf die Gegner zu wälzen, für die jene allein verantwortlich sind. 1866 haben wir Liberalen uns bis auf den letzten Tag für den Abschluß eines Neutralitätsvertrags bemüht und das Bündniß mit Oesterreich zu verhindern gesucht. Aber die jetzigen Führer der Weilsenpartei mußten letzteres doch durchsetzen, eine Politik, wie sie verblendet nicht gedacht werden kann. Also Einheitsstaatler sind wir National-liberalen nicht; und sollte, was noch lange ausbleiben möge, Braunschweig vor die Frage nach seiner künftigen Zukunft gestellt werden, dann wird dessen Verfassung und Volkvertretung zunächst maßgebend sein; von uns haben Sie jedenfalls nicht zu fürchten, daß wir Ihnen Gewalt anthan. (Lebhaftes Bravo.)

Auf alle einzelnen Gegenstände, die den Reichstag in nächster Zeit beschäftigen werden, kann ich hier nicht eingehen; nur das kann ich sagen, daß ich mich bisher immer in Uebereinstimmung mit Herrn v. Stausenberg befunden habe und voraussichtlich auch künftig befunden werde; immer habe ich an ihm ein maßvoll besonnenes Urtheil gefunden, an dem ich mich selbst aufrichten oder corrigiren konnte. Deshalb gerade ist es so sehr zu wünschen, daß Sie die Nachwahl dazu benutzen, um einen solchen Politiker wieder in den Reichstag zu bringen. — Jetzt auf alle die Wortworte einzugehen, welche während der Wahl herüber und hinüber gemacht worden sind, wäre falsch; unsere Zustände sind noch in vieler Hinsicht so schwierig, daß es nicht die Aufgabe der Regierung und der Parteien sein kann, sich bei gegenseitigen Vorwürfen aufzuhalten, sondern sich gegenseitig zu unterstützen (sehr richtig! d. R. v. L.); nur so wird es noch auf Jahre hinaus möglich sein, die drohenden Gefahren zu bekämpfen. Unsere nationale Einigung hat uns keine neuen Freunde erworben; die Regierung, sie wieder zu sprengen, besteht fort. Deshalb ist auch ferner maßvolles Zusammengehen mit der Regierung nötig. Auch in den inneren Verhältnissen besteht manderlei Schwierigkeit; eine schwere Krisis läßt seit fünf Jahren Handel und Verkehr, und noch in deren Ende nicht abzuweichen. Das wird natürlich auch bei der Gesetzgebung in nächster Zeit zu berücksichtigen sein; da wird eine so sauererworbene Kraft wie Herr v. Stausenberg hoch willkommen sein. Derselbe, sowie ich selbst, wir sind keine doctrinären Freihändler; die Regierung der national-liberalen Partei hält die bisherige Zollvereins-Politik für eine Quelle großen Segens; wenn aber alle Nach-

barkeiten eine neue Politik einschlagen und sich gegen uns abstellen, dann muß auch Deutschland seine Interessen wahren und an der Hand der Erfahrung, die durch die jetzt schwebenden Enqueten gewonnen werden soll, die Frage erwägen, ob ein größerer Zollverein nötig ist. In diesem Sinne hat sich gerade Herr v. Stausenberg in München sehr bestimmt dahin ausgesprochen, daß wir nicht unsere Nachbarn unsere Lohre offen lassen dürfen, wenn diese die ibrigen vor uns verschließen. Specieil hat sich Herr v. Stausenberg für eventuelle Erhöhung der Baumvollensöhle erklärt; daraus geht hervor, daß er kein Doctrinär ist, sondern ein praktischer Politiker.

Künftig wird dem Reichstage der Gesetzentwurf wegen Bekämpfung der socialistischen Umtriebe zugehen. So viel haben Sie jedenfalls aus den Zeitungen ersehen, wie recht der letzte Reichstag hatte, das damalige Socialistengesetz abzulehnen, das in fünf Tagen über Hals und Kopf zusammengestellt war und welches eine Versammlung von Diplomaten und hohen Staatsbeamten, den Bundesrath mit der politischen Executive gegen die Socialdemokraten beauftragten und den Reichstag zur Appellationsinstanz machen wollte. Jetzt ist es genau so gekommen, wie ich es im Frühjahr dem Minister Grafen Eulenburg sagte: der Reichstag wird im Herbst zusammenberufen, um ein sorgsam ausgearbeitetes Gesetz zu beraten. Als ich vor einiger Zeit in Berlin einen höheren Beamten fragte, warum man denn nicht den Reichstag sofort nach vor dem Congreß einberufen habe zur Vertheilung des Socialistengesetzes, erwiderte dieser, daß sei ja ganz unmöglich, denn um das Gesetz auszuarbeiten, hätte man ja Wochen und Monate bedurft. (Heiterkeit.) Und zu dem vom Reichstage abgelehnten Entwurf hätte man nur fünf Tage verstanden! Jetzt also wird man ein sorgfamer vorbereitetes Gesetz vorlegen; über dasselbe sich schon jetzt aussprechen, wäre verfröh, weil es ja noch der Prüfung des Bundesrathes unterliegt. Aber eine Verhandlung zwischen Regierung und Reichstag muß gelingen, um den gesetzmäßigen Reaktionen der Social-Demokraten gegen die festesten Grundlagen des Staats und der Gesellschaft wirksam entgegen zu treten. Dazu wird es eines großen Maßes von Selbstbeherrschung auf allen Seiten bedürfen. Ich hoffe, daß die Verständigung gelingt, jedenfalls werden Herr v. Stausenberg und ich uns redlich dafür bemühen, daß die Ordnung gesichert und doch dabei die Freiheit nicht mehr als nötig beschränkt wird. Das war immer das Streben der national-liberalen Partei und dafür ist sie abweichend von rechts und links getabelt worden, daß sie Ordnung und Freiheit mit einander in Einklang halte. Wir unter müssen die Forderungen der Ordnung die der Freiheit überwiegen, mitunter umgekehrt, wenn auch den künftigen die Ordnung dadurch Anfangs gefährdet erscheint. Ebenso wird bei den gewerblichen Fragen die national-liberale Partei wie bisher bereit sein, die hervortretenden Uebelstände zu beseitigen. Gerade diesen Fragen hat Herr von Stausenberg immer ein besonders lebhaftes Interesse genömet. Auch wichtige finanzielle Fragen

werden dem Reichstage beschäftigen; die Verhältnisse Deutschlands und der Einzelstaaten sind in Bezug hierauf nicht so, wie wohl zu wünschen wäre. Da ist den Regierungen des Reichs und Preußens der Vorwurf zu machen, daß sie den jetzigen Zustand nicht früher vorausgesehen haben. Bisher wurde noch immer mit der französischen Kriegentschädigung gewirtschaftet, nachdem diese aufgeführt ist, muß Deutschland ebenso, wie alle anderen Staaten, seine Ausgaben mit seinen eigenen Mitteln decken. Die national-liberale Partei ist diesbezüglich der Ansicht, daß die nötigen Mittel nicht durch directe Steuern, welche keine Entlohnung mehr vertragen, sondern durch indirecte Abgaben aufgebracht werden müssen. Die Erhebung dieser Gelder wird Jahre erfordern; da wird denn die Rithilfe eines gerade in finanziellen Fragen so erfahrenen Mannes, wie Herr v. Stausenberg ist, sehr willkommen sein. Specieil ist derselbe, wie die national-liberale Partei überhaupt, Gegner des Tabakmonopols, welches große Industriezweige ruiniren oder ganz beseitigen würde. Besonnene Politiker sind nötig, um ein richtiges Verhältniß zwischen Regierung und Volkvertretung herbeizuführen; daran hat sich durch die Neuwahlen nichts geändert, und schon lenkt die Regierungspresse vollständig ein. In dem wird die Vertheidigung jetzt schwieriger sein, als vor der Auflösung. Die national-liberale Partei wird, soweit es für das Wohl des Reichs erforderlich ist, stets zur Unterstützung der Regierung bereit sein und von dieser darf man ein gleiches Entgegenkommen erwarten. Gegenwärtig ist viel von der Festsitzung des Culturkampfes die Rede. Eine solche würde auch ich wünschen und fördern; aber auf der Grundlage der ultramontanen Forderungen in der Friede niemals möglich. Davon bin ich fest überzeugt: einen Frieden mit Rom und mit den deutschen Bischöfen, durch welchen die wirklich berechtigten Forderungen des Staates preisgegeben würden, schließt Fürst Bismarck nicht, sonst würde er seinen historischen Namen aufgeben. Es wird vielmehr immer darauf ankommen, daß die Kirche die bestehenden Zustände stillschweigend anerkennt und darauf hin sich einrichtet. So ist es früher gewesen, so wird es also auch in Zukunft sein. Hoffentlich also wird auch künftig die Verständigung zwischen Regierung und Reichstag gelingen, und dazu würde die Mitwirkung der National-liberalen erforderlich sein, denn mit den Ultramontanen kann die Regierung keine Mehrheit bilden. Hoffen wir also, daß ein Zusammengehen der maßvoll liberalen und der gemäßigt conservativen Richtung mit der Regierung gelinge, damit kein Stock und kein Bruch in die deutsche Politik komme. Die National-liberalen haben zwar bei den Wahlen etwa ein Fünftel verloren, sind aber doch immer neben den Ultramontanen die stärkste Partei und fast eben so stark, wie die gesamten Conservativen. Soll nicht Betrügnung in die ganze deutsche Politik gerathen, so ist es nötig, die national-liberale Partei in ihrer bisherigen Stärke zu erhalten, und deshalb ist es dringend zu wünschen, daß auch der